



Mehrheit der Bevölkerung für #Böllerverbot GdP-Umfrage zeigt interessante Ergebnisse und erhöht den Druck auf die Innenministerkonferenz

GdP-Info
23-2025

Berlin. Paukenschlag kurz vor der Innenministerkonferenz (11. – 13. Juni in Bremerhaven) – Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) präsentiert die Ergebnisse einer Umfrage zum geforderten Pyrotechnikverbot für den Privatgebrauch und erhöht den Druck, endlich die Grundlage für einen friedlichen Jahreswechsel zu schaffen. Fast 180.000 Menschen aus ganz Deutschland haben teilgenommen. Sie zeigen, Deutschlands Bevölkerung ist bereit für ein Umdenken an Silvester, aus Tier- und Umweltschutzgründen, aber auch weil sich nur noch wenige auf die Straße trauen.

„Dass das Thema Silvester im Juni überhaupt noch Relevanz hat, ist ein Riesenfortschritt und wir sehen, dass die Unterstützung unserer Petition auf innn.it weiter stetig wächst, mittlerweile auf 2.093.557 Unterstützer. Unsere kürzlich durchgeführte Umfrage zeigt allen Innenministerinnen und Innenministern, dass es kein Berliner Phänomen ist, die Menschen in unserem Land eine Veränderung wollen und sich die überwiegende Mehrheit schon jetzt nicht mehr auf die Straße traut. Der ursprünglich festlich-freudige Anlass wird zunehmend mit Angst, Unsicherheit und Ärger assoziiert. Politik hat die Aufgabe endlich zu handeln“, so GdP-Landeschef Stephan Weh. Vom 03. bis 13. April hatte die Gewerkschaft über die GdP Zukunftswerkstatt eine wissenschaftliche Umfrage durchgeführt und neben der generellen Haltung zur Thematik auch nach demografischen Daten, Gründen für die jeweilige Position sowie der Haltung zu einem damit verbundenen Verkaufsverbot von Pyrotechnik der Kategorie F2 (Böllern, Raketen, Batterien etc.) und organisierten Veranstaltungen gefragt.

Die 178.022 Teilnehmenden sprachen sich zu 97 % für ein Abbrennverbot im Privatgebrauch aus, vorrangig aus Umwelt- und Tierschutzgründen, aber auch aus Angst vor Gefahren. So gaben 70 % an, in der Silvesternacht gar nicht mehr auf die Straße zu gehen. 93 % sprachen sich für ein Verkaufsverbot aus, 95 % würden sich auch an dieses halten und nicht online bzw. im Ausland kaufen. 91 % befürworten stattdessen organisierte Veranstaltungen mit zertifizierten Pyrotechnikern, immerhin 49 % würden diese auch besuchen. Unter den Antwortenden waren 63 % weiblich, 35 % männlich, 85 % über 30 Jahre, 18 % antworteten aus Nordrhein-Westfalen, 14 % aus Bayern, 13 % aus Berlin, 11% aus Baden-Württemberg, 20 % aus Millionenstädten, 24 % aus Städten über 100.000 Einwohner, aber auch 19 % aus Dörfern und Gemeinden bis 5.000 Einwohner. „Unsere Umfrage entzaubert sämtliches Halbwissen: Es sind eben nicht 99 Prozent, die friedlich auf der Straße feiern und es ist auch kein reines Metropolenphänomen, sondern betrifft ganz Deutschland und alle Altersklassen. Natürlich verschieben sich die Werte leicht in den Generationen, nach Wohnort, mit Tieren und Kindern. Aber die Ergebnisse deuten auf eine gesellschaftliche Akzeptanz für strengere Feuerwerksregelungen hin und genau darauf muss sich die IMK jetzt verständigen“, so Weh. Die Gewerkschaft hat parallel alle Innenministerien mit den Ergebnissen angeschrieben und zeigte sich allen gegenüber gesprächsbereit, die an detaillierteren Auswertungen interessiert sind.

Eigendruck im Selbstverlag / Impressum
(verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes – v.i.S.d.P.):
Gewerkschaft der Polizei LB Berlin
Landesvorsitzender Stephan Weh
Kurfürstenstraße 112 / 10787 Berlin
mail: gdp-berlin@gdp-berlin.de, web: www.gdp-berlin.de



**Gewerkschaft
der Polizei**
Berlin